Modell Neuseeland?
Reformen zu Lasten ärmerer Bevölkerungsschichten

Ansicht des Hafens von Auckland, und der Kiwi, das »Nationaltier« Neuseelands

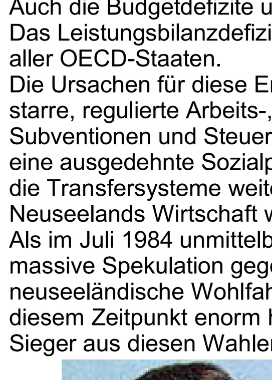
Was weiß unsereiner schon von Neuseeland? Es ist noch weiter weg als Australien, und ein bekannter österreichischer Maler lebt dort. Trotzdem: Das Land verdient unsere Aufmerksamkeit, da dort, wie der Autor beschreibt, »blitzkriegartig« Reformen im Geist des Neoliberalismus durchgesetzt wurden. Ob diesem »Reformmodell« wirklich »Vorbildcharakter« zukommt, kann der Leser selbst entscheiden...

Von Bruno Rossmann

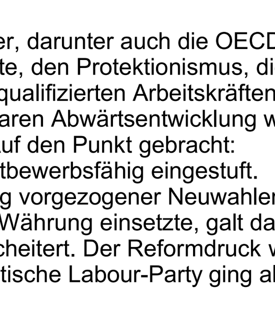
Die weit reichenden Wirtschaftsreformen, die in Neuseeland von 1984 an von einer sozialdemokratischen Regierung eingeleitet und sechs Jahre später von einer konservativen Regierung fortgeführt wurden, werden weltweit mit großer Bewunderung betrachtet. Angesichts der behaupteten wirtschaftlichen Erfolge wird diesem Reformmodell Vorbildcharakter zugeschrieben. Namhafte Institutionen wie der Währungsfonds oder die OECD empfehlen es Ländern mit gravierenden wirtschaftlichen Problemen zur Nachahmung. Es bietet sich daher an, dieses Reformmodell und seine Auswirkungen etwas ausführlicher zu untersuchen.

Am Anfang stand die Krise

Bis heute gilt Neuseeland als Wiege auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt. Es war das erste Land, das Frauen das Wahlrecht zuerkannte, in dem verschiedene ethnische Gruppen miteinander lebten und das sich seit dem vorigen Jahrhundert einen beträchtlichen, bis in die Achtzigerjahre egalitär verteilten Wohlstand aufgebaut hatte. Der Wohlfahrtsstaat war durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens abgesichert. Der Konsens lautete »bescheidener Wohlstand für alle«. Beide großen Parteien, die sozialdemokratische Labour und die konservative National Party, teilten diese Auffassung.
Erste Probleme tauchten mit dem Beitritt Großbritanniens zur EU auf. Bis dahin hatte Neuseeland als Mitglied des britischen Commonwealth praktisch gesicherte Absatzmärkte für seine landwirtschaftlichen Produkte, die 80 Prozent des gesamten Exports ausmachten. Überdies war Neuseeland ein stark zentralisierter Staat mit enormer Regulierungsdichte sowie mit Preisfestsetzungen und einer protektionistischen Außenwirtschaftspolitik. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich bis Mitte der Achtzigerjahre zusehends. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung war Neuseeland 1950 der drittreichste Staat, rutschte aber bis 1984 auf den 23. Platz zurück. Ursache war das im Vergleich zu den anderen Industriestaaten unterdurchschnittliche Produktivitätswachstum und ein entsprechend niedriges reales Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosigkeit stieg in der Folge von 0,8 Prozent (1968) auf etwa 7 Prozent 1983. Die Inflationsrate überschritt 1982 die 15-Prozent-Marke, worauf mit einem Lohn-Preis-Stopp reagiert wurde. Auch die Budgetdefizite und mit ihnen die Staatsverschuldung stiegen deutlich an. Das Leistungsbilanzdefizit erreichte 1984 mit 5,5 Prozent des BIP den höchsten Wert aller OECD-Staaten.
Die Ursachen für diese Entwicklung führten Kritiker, darunter auch die OECD, auf starre, regulierte Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte, den Protektionismus, die hohen Subventionen und Steuersätze, einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und auf eine ausgedehnte Sozialpolitik - trotz der erkennbaren Abwärtsentwicklung wurden die Transfersysteme weiter ausgebaut - zurück. Auf den Punkt gebracht: Neuseelands Wirtschaft wurde als nicht mehr wettbewerbsfähig eingestuft.
Als im Juli 1984 unmittelbar nach der Ankündigung vorgezogener Neuwahlen eine massive Spekulation gegen die neuseeländische Währung einsetzte, galt das neuseeländische Wohlfahrtsstaatsmodell als gescheitert. Der Reformdruck war zu diesem Zeitpunkt enorm hoch. Die sozialdemokratische Labour-Party ging als klarer Sieger aus diesen Wahlen hervor.



Expremier David Lange, vom neoliberalen Geist beseelter Sozialdemokrat



Premierminister Jim Bolger von der konservativen Nationalpartei setzte das Deregulierungswerk fort

Reformen nach neoklassischem Vorbild

Träger des Reformprozesses war eine junge Garde von Intellektuellen, allen voran Premierminister David Lange und Finanzminister Roger Douglas. Das von den Sozialdemokraten gestartete Reformwerk orientierte sich an der neoklassischen Sichtweise der Funktionsmechanismen einer Volkswirtschaft und war vom Geist des Neoliberalismus getragen.
In keinem anderen Land der OECD waren die Reformen so weit reichend und tief greifend wie in Neuseeland. Sie wurden blitzkriegartig umgesetzt, um zu verhindern, dass Interessenvertreter Einfluss auf das Programm nehmen können. In Anlehnung an die »Reagonomics« in den USA wurde das Programm, das die Labour-Regierung durchführte, »Rogernomics« genannt. Im Folgenden werden einige wichtige Reformen stichwortartig charakterisiert.

Reformen im öffentlichen Sektor

In diesem Bereich sind vor allem zwei Reformschritte zu nennen: Die Gründung der so genannten »State Owned Enterprises« aus der Verwaltung heraus und ihre anschließende Privatisierung sowie die Reorganisation des öffentlichen Sektors im engeren Sinn.
Die bedeutendsten wirtschaftlichen Aktivitäten des Staates wurden in einem ersten Schritt aus dem öffentlichen Sektor ausgegliedert und in staatseigene Unternehmungen umgewandelt. Sie wurden verpflichtet, gewinnorientiert zu arbeiten, hatten keine Verträge zur Verlustabdeckung und wurden direkt dem Wettbewerb ausgesetzt. Für die Beschäftigten wurde der Beamtenstatus abgeschafft. Betroffen waren insbesondere die Bereiche Elektrizität, Telekom, Luftverkehr, Nah- und Fernverkehr, Mineralöl, Hotels, Banken und Versicherungen und Schifffahrt. In einem zweiten Schritt begann 1987 die Privatisierung der ersten ausgegliederten Betriebe. Im Zuge des Privatisierungsprozesses kam es zu massiven Entlassungen.
Im Zentrum der Reform der öffentlichen Verwaltung stand eine Effizienzsteigerung, die durch weit gehende Angleichung an die in der Privatwirtschaft üblichen Prinzipien und Instrumente erreicht werden sollte. So etwa wurde das öffentliche Dienstrecht dem in der Privatwirtschaft geltenden Arbeits- und Tarifvertragsrecht so weit wie möglich angepasst. Zumindest für die oberste Führungsebene bedeutete das eine Abkehr von faktischer Unkündbarkeit, garantiertem Aufstieg auf der Grundlage des Senioritätsprinzips und gleicher Bezahlung für gleichwertige Funktionen. Sie wurden ersetzt durch die Einführung befristeter Arbeitsverträge, in denen auch konkrete Leistungsziele vorgegeben werden (z. B. die Steigerung der Produktivität um x%) und durch öffentliche Ausschreibungen von Posten.
Die »Chief Executive Officers« (CEO's), vergleichbar mit unseren Sektionschefs, führen Bereiche, haben volle Personalhoheit und freie Wahl der Mittel. Sie sind gegenüber ihrem Minister verantwortlich, mit dem ein Leistungsabkommen vereinbart wird: der Minister stellt einen Input zur Verfügung und kauft einen Output, wobei in dem Vertrag die Qualität, die Quantität, der Zeitrahmen und der Preis genau definiert werden. An die Stelle der Inputorientierung tritt somit eine ergebnisorientierte Budgetpolitik. Nicht mehr die Inputs (Personal, Budgetmittel, Gebäude etc.) sind entscheidend, sondern die konkreten Output-Leistungen und die so genannten Outcomes, das sind die politischen Endziele. Probleme treten in diesem Konzept dort auf, wo die öffentlichen Leistungen nicht genau gemessen werden können. Dadurch erfolgte eine klare Trennung zwischen der Verwaltung und der Politik. Als Kontrollinstrumente werden ein erfolgsorientiertes Rechnungswesen sowie Leistungsberichte der Verwaltung eingeführt.

Geld, Finanz- und Steuerpolitik

Die neuseeländische Nationalbank erhielt den Status der Unabhängigkeit. Wie bei der Europäischen Zentralbank liegt ihr einziges Globalziel darin, zur Stabilität des Preisniveaus beizutragen. Zusätzlich wurden alle Lohn-, Preis- und Zinskontrollen aufgelassen, und der Wechselkurs wurde freigegeben. Die Finanz- und Kapitalmärkte wurden weitgehend dereguliert.
Ab 1984 wurde die Budgetpolitik ausschließlich auf die Verringerung des Budgetdefizits und der Staatsschulden ausgerichtet. Die öffentlichen Subventionen wurden stark reduziert oder gar gestrichen. Am bemerkenswertesten war die gänzliche Streichung der Subventionen in der Landwirtschaft, die binnen eines Jahres realisiert wurde und die zu Einkommensausfällen bis zu fünfzig Prozent führte. Für eine Reihe von öffentlichen Dienstleistungen wurden Gebühren eingeführt, jedes Ressort muss einen vorgegebenen Kostendeckungsgrad erreichen. Schließlich wurden im Rahmen einer Steuerreform die Steuergrundlagen durch Beseitigung von Schlupflöchern und Ausnahmeregelungen verbreitert und die Grenzsteuersätze der Einkommensbesteuerung erheblich gesenkt, wobei der Spitzensteuersatz von 66 auf 33 Prozent zurückgenommen wurde und lediglich zwei Tarifstufen übrig blieben. Davon haben vor allem die obersten Einkommensschichten profitiert. Eingeführt wurde eine Umsatzsteuer, im Gegenzug wurden wenig ertragreiche Bagatellsteuern gesenkt. Das Ziel der Steuerreform war ein Steuersystem, das Wettbewerbsverzerrungen weitestgehend ausschließt.

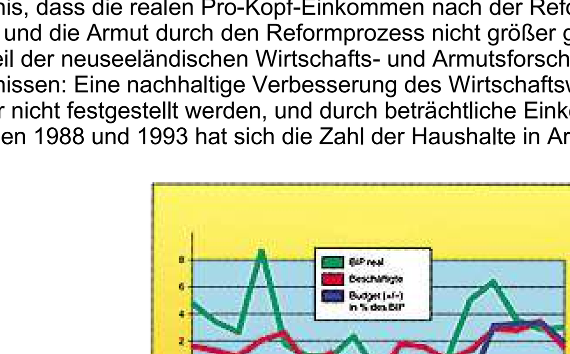
Ansicht vom Nationalpark Westland auf der Südinsel

Deregulierung des Arbeitsmarktes und Abbau der Sozialleistungen

Auf Grund der Folgewirkungen der bisherigen Maßnahmen (starker Anstieg der Arbeitslosenquote, sehr schwaches Wirtschaftswachstum) verloren die Sozialdemokraten trotz einer verordneten Reformpause die Wahlen im Jahr 1990. Die siegreiche konservative Nationalpartei leitete unter der Führung von Jim Bolger als Premierminister und Ruth Richardson als Finanzministerin einen zweiten Deregulierungsschub ein.
Kernstück der Deregulierung des Arbeitsmarktes ist der inzwischen weltweit berühmte »Employment Contracts Act«. Mit diesem Gesetz wurden die Flächenkollektivverträge abgeschafft und die Gewerkschaften aus den Betrieben hinausgedrängt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist von 43,5 auf 21,7 Prozent zurückgegangen, zahlreiche kleinere Gewerkschaften wurden aufgelöst. Hinsichtlich der Vertragsgegenstände und -inhalte dominiert das Prinzip der Wahlfreiheit auf beiden Seiten. Der größte Teil der Arbeitnehmer hat nun von privaten Agenturen ausgehandelte Kollektivverträge oder überhaupt individuell ausgehandelte Bedingungen, fast immer mit einer stark leistungsorientierten Komponente.
Die Einschnitte in das soziale Netz griffen tiefer als in Großbritannien unter Thatcher und wurden mit einem einzigen Gesetz durchgeführt. Die Sozialleistungen wurden von Bedürftigkeitstests abhängig gemacht. Vor allem die Arbeitslosengelder wurden bewusst zu »Notfallbeihilfen« herabgestuft, die nur denjenigen zustehen, die sich aus eigenen Kräften nicht mehr weiterhelfen können bzw. unter der Armutsgrenze leben. Auch das Gesundheitswesen wurde auf das Fürsorgeprinzip ausgerichtet. Nur wer heute nach bestandenem Bedürftigkeitstest als Sozialfall anerkannt wird, kann sich noch unentgeltlich behandeln lassen. Bei den Pensionen lag der Schwerpunkt der Einsparungsmaßnahmen bei der Kürzung der laufenden Pensionen. Nebeneinkünfte und Vermögen werden bei der Pensionsbemessung angerechnet. Zusätzlich wird das Pensionsalter von 60 auf 65 Jahre angehoben. Folge war, dass der Versorgungsstaat in einen Fürsorgestaat zurückverwandelt wurde.

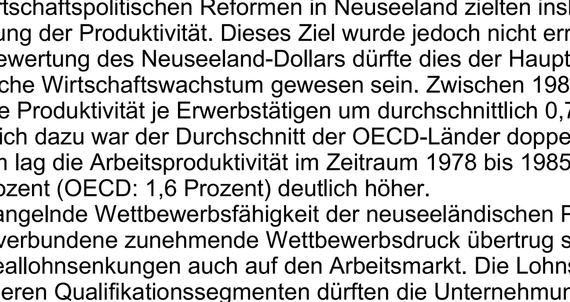
Verlierer des Reformprozesses: Gibt es die?

Das hier skizzierte Reformmodell folgt unverkennbar neoliberalen wirtschaftspolitischen Rezepten. Da die Misere in Neuseeland zu Beginn der Achtzigerjahre auf verfehlte Eingriffe des Staates in den Marktmechanismus und auf die hohe Regulierungsdichte zurückgeführt wurde, fiel die Antwort entsprechend aus. Wenn aber Eingriffe des Staates ineffizient sind und sich in unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstumsraten und einer Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit niederschlagen, dann müssten sich die neuseeländischen Reformen in deutlich verbesserten Wirtschaftsdaten niederschlagen.
Eine Analyse in einer sehr prominenten wirtschaftlichen Zeitschrift kommt zu dem Ergebnis, dass die realen Pro-Kopf-Einkommen nach der Reform höher seien als vorher und die Armut durch den Reformprozess nicht größer geworden sei. Der Großteil der neuseeländischen Wirtschafts- und Armutsforscher kommt zu konträren Ergebnissen: Eine nachhaltige Verbesserung des Wirtschaftswachstums kann nach wie vor nicht festgestellt werden, und durch beträchtliche Einkommensopfer zwischen 1988 und 1993 hat sich die Zahl der Haushalte in Armut verdoppelt.



Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die jüngsten wirtschaftlichen Daten machen mehr und mehr klar, dass die Reformen das Wirtschaftswachstum längerfristig nicht belebten. Es gab zwar einzelne Perioden, in denen es ein gutes Wirtschaftswachstum gab, diesen Phasen stehen aber immer wieder Stagnationsphasen gegenüber (1898 und 1994). Die längerfristige Entwicklung zeigt, dass die Wirtschaft Neuseelands zwischen 1985 und 1994 stagnierte, im Anschluss daran vorübergehend anstieg und danach wieder auf einen mäßigen Wachstumspfad einschwenkte.
Den einzigen Erfolg, den Neuseeland tatsächlich verbuchen konnte, war eine deutliche Senkung der Inflationsrate. Es wird jedoch befürchtet, dass die überbewertete neuseeländische Währung, die wesentlich zur Senkung der Inflation beitrug, die Exportchancen Neuseelands auch in Zukunft beeinträchtigen wird.
Die wirtschaftspolitischen Reformen in Neuseeland zielten insbesondere auf eine Erhöhung der Produktivität. Dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht. Neben der Überbewertung des Neuseeland-Dollars dürfte dies der Hauptgrund für das schwache Wirtschaftswachstum gewesen sein. Zwischen 1985 und 1997 erhöhte sich die Produktivität je Erwerbstätigen um durchschnittlich 0,7% im Jahr. Im Vergleich dazu war der Durchschnitt der OECD-Länder doppelt so hoch. Vor der Reform lag die Arbeitsproduktivität im Zeitraum 1978 bis 1985 mit durchschnittlich 1,9 Prozent (OECD: 1,6 Prozent) deutlich höher.
Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der neuseeländischen Produktion und der damit verbundene zunehmende Wettbewerbsdruck übertrug sich schließlich in Form von Reallohnsenkungen auch auf den Arbeitsmarkt. Die Lohnsenkungen in den niedrigeren Qualifikationssegmenten dürften die Unternehmungen dazu veranlasst haben, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte über Kostensenkungen statt über Investitionen in eine bessere Technologie - und damit über Steigerungen der Produktivität - zu erreichen. Trotz weiter gehender Marktliberalisierungen sowie trotz günstiger Kapitalrenditen und Zinssätze haben die Unternehmungen nicht verstärkt investiert.



Massiver Beschäftigungsabbau und Zurückdrängung des Staates

Die oben beschriebenen Reformen im öffentlichen Sektor zielten in erster Linie auf Effizienzsteigerungen. Es ist zwar richtig, dass das Finanzmanagement von Abteilungen effizienter geworden ist und dass der Übergang zu einem erfolgsorientierten Rechnungswesen eine der wichtigsten Veränderungen in der öffentlichen Verwaltung war, es darf aber gerade in Neuseeland nicht übersehen werden, dass der Beschäftigungsabbau deutlich über das Ziel der Effizienzsteigerung hinausging. Der Staat wurde in Größe und Reichweite verkleinert.
Der Beschäftigungsabbau im öffentlichen Sektor erfolgte durch drei Maßnahmen, durch Privatisierungen, durch Deregulierung und durch Beschäftigungsabbau im Kernbereich der Verwaltung. Die Daten zeigen, dass die Zahl der öffentlich Bediensteten durch die Reformen im Staatssektor ab Mitte der Achtzigerjahre massiv gesunken ist. Zwischen 1985 und 1997 war ein Beschäftigungsrückgang im öffentlichen Sektor von 61 Prozent zu verzeichnen, von 85.400 auf 33.000. Der weitaus größte Teil des Beschäftigungsabbaus erfolgte bei öffentlichen Unternehmen (State Owned Enterprises). Ein derart massiver und rapider Abbau fand in keinem anderen Land der OECD statt. Bezogen auf das Arbeitskräftepotenzial sank der Anteil der Beschäftigten zwischen 1987 und 1997 von 4,68 Prozent auf 1,94 Prozent.
Mitte der Achtzigerjahre betrug der Anteil der Staatsausgaben am BIP 39 Prozent, 1996/97 lag er bei 34,4 Prozent. Die Entwicklung der Beschäftigungs- und Staatsquote verdeutlicht, dass Neuseeland heute im OECD Raum zu jenen Ländern gehört, in denen der Staat eine geringere Rolle in der Wirtschaft spielt. Die Einführung neuer - sicherlich effizienterer - Organisationsformen im öffentlichen Sektor ging in Neuseeland nicht Hand in Hand mit einer Diskussion über die Rolle und die Aufgaben des Staates unter geänderten nationalen und internationalen Rahmenbedingungen. Darin unterscheidet sich dieser Reformprozess von dem in den skandinavischen Ländern. Die neoliberalen Reformansätze zielten einer international weit verbreiteten Tendenz entsprechend somit in Neuseeland vor allem auf eine Zurückdrängung des Staates. Gleichzeitig hat der Staat seine Budgetdefizite abgebaut, ja sogar Budgetüberschüsse erwirtschaftet. Das aber bedeutet, dass er sich aus der aktiven staatlichen Nachfragepolitik zurückgezogen hat.

Steigende Armut bei steigendem BIP pro Kopf

Unbestreitbar ist, dass die Streuung der Haushaltseinkommen zugenommen hat. Es kam im Reformverlauf zu einer Ausweitung der Spanne zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensdezil. In den letzten zehn Jahren ist das Realeinkommen der obersten Einkommensschicht um jährlich durchschnittlich 2 Prozent gestiegen. Dazu trug die Senkung der Einkommensteuer des Jahres 1988 erheblich bei. Da das durchschnittliche BIP pro Kopf im gleichen Zeitraum um 0,5 Prozent pro Jahr gestiegen ist, bedeutet das, dass es für die verbleibenden 90 Prozent der Einkommensbezieher keine Realeinkommenserhöhungen gab. Somit gehören die Empfänger mittlerer und niedriger Einkommen zu den Verlierern, während die oberen Einkommensschichten als Gewinner der Reformen ausstiegen.
Die Armutsforscher in Neuseeland kommen zu dem Ergebnis, dass sich die relative Armut tatsächlich nicht erhöht hat, wohl aber die absolute Armut. Das Ungewöhnliche daran ist, dass dieses Ergebnis trotz eines steigenden BIP pro Kopf zu Stande kam.
Bei relativer Definition der Armut (Armut gemessen als Anteil der Haushalte, die weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verdienen) ging der Anteil der Haushalte in Armut zwischen 1984 und 1993 von 13,7 Prozent auf 10,8 Prozent zurück; bei 50 Prozent des Medianeinkommens bleibt das Ausmaß der Armut unverändert bei 4,3 Prozent. Wird aber die Armutsgrenze als absolute Größe definiert, dann verdoppelt sich die Zahl der in Armut lebenden Haushalte. Das kann mit der Entwicklung des Medianeinkommens erklärt werden, das zwischen 1985 und 1995 um 17,6 Prozent (!) gesunken ist. Ursache dafür waren vor allem das schwache Wirtschaftswachstum und die Kürzungen von sozialen Transfers sowie eine Steuerreform zu Lasten der mittleren Einkommensschichten. Das bewirkte praktisch einen Einkommenstransfer zu den obersten Einkommen, wodurch sich zwar das durchschnittliche reale Nettoeinkommen erhöht hat, nicht jedoch das Medianeinkommen.
Mit anderen Worten: Der Preis für das schwache Wirtschaftswachstum wurde vor allem von den ärmeren Bevölkerungsschichten gezahlt. Die Opfer der neuen Armut in Neuseeland sind die üblichen: Frauen, ältere Menschen, chronisch Kranke, Minderheiten (Maoris) und kinderreiche Familien. Zudem spiegelt sich die Perspektivlosigkeit in Neuseeland in einer der höchsten Selbstmord- und Jugendkriminalitätsraten unter Minderjährigen wider. Eine Folge davon war, dass die Sozialausgaben trotz Kürzungen gestiegen sind.

Steigende Sozialausgaben trotz massiver Kürzungen

Heute ist jeder zehnte Neuseeländer Sozialhilfeempfänger. 20 Prozent aller beschäftigten Bürger sind trotz Jobs als Sozialfälle anerkannt. Das heißt, dass sie unter der 1991 festgelegten Armutsgrenze von etwa 9100 Schilling leben.
Die Sozialausgaben - seit 1991 von Bedürftigkeitstests abhängig - steigen, obwohl die Pensionen massiv gekürzt wurden und obwohl die Arbeitslosenquote nach 1990 stark zurückging.
Zwei Problemlösungsversuche, die in den USA und in den Niederlanden erfolgreich waren, führten in Neuseeland zu Fehlentwicklungen: hohe Reallohnverluste und Teilzeitarbeit. Die »working poor« stellen in Neuseeland heute ein größeres Problem als in den USA dar, auch die Reallohnverluste waren höher als in den USA.

Landwirtschaftliche Produkte machen 80 Prozent des Exports Neuseelands aus. Im Bild: Schafauftrieb am Lake Pukaki. Der rund 30 Kilometer lange See wird von den Gletschern der Southern Alps gespeist

Die Entwicklung der realen Pro-Kopf-Einkommen

Einer der Hauptgründe für die Reformen war die Unzufriedenheit über die reale Pro-Kopf-Einkommensentwicklung in den vorhergehenden Jahren. Das durchschnittliche Wachstum betrug im Zeitraum 1967 bis 1982 nur 0,8 Prozent pro Jahr. Das ist im internationalen Vergleich eher niedrig. Zwischen 1985 und 1992 ging das Wachstum des BIP pro Kopf stark zurück - ein Rückgang, der seither noch nicht aufgeholt werden konnte. Das bedeutet, dass der Wert des BIP pro Kopf, der sich bei Fortsetzung des Wachstumstrends vor 1985 für das Jahr 1997 ergeben hätte, bis jetzt noch nicht erreicht wurde. Das daraus errechnete Einkommensopfer liegt bei 32 Prozent des jährlichen BIP des Jahres 1997.

Resümee

Das neuseeländische Reformmodell beruht im Wesentlichen auf drei Eckpfeilern: auf der Schaffung von Preisstabilität, auf weit reichenden Marktliberalisierungen und auf einer Reform des öffentlichen Sektors. Das wären der neoklassischen Sichtweise entsprechend geeignete Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Wachstumschancen und der Produktivität. Diese Erwartungen haben sich nicht realisiert. Bei längerfristiger Betrachtung blieb das Wirtschaftswachstum schwach. Den Preis für diese Politik mussten die ärmeren Bevölkerungsschichten bezahlen. Der Reformprozess hat auch gezeigt, dass Werte wie Gerechtigkeit, ökonomische Stabilität und demokratische Teilnahme völlig zurückgestuft wurden. Die Reformen stehen in krassem Widerspruch zum gesellschaftlichen Grundkonsens in Neuseeland. Wenngleich in einigen Teilbereichen Reformerfolge unbestreitbar sind - hervorzuheben ist die Binnenmodernisierung des öffentlichen Sektors -, so muss doch vor einer Nachahmung der radikalen Reformen in Neuseeland abgeraten werden. Von Neuseeland lernen, kann daher nur bedeuten, die dort gemachten Fehler zu vermeiden.

Bruno Rossmann ist Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaften der AK Wien